



Schätzt Bürgerversammlung: Robert Hegner will sich nicht «selber entmachten».



Stadtrat ändern, aber kein Parlament: Daniel Lätsch erhält für engagiertes Votum Applaus.



Hält Parlament 15 Jahre nach der Fusion für nötig: GLP-Präsident Andreas Bisig.



Für Veränderung: Ralph Dudler (SP) kritisiert «Romantisierung» der Bürgerversammlung.



Neue Herausforderung: CEO Peter Werder zieht es nach Obwalden. Bild Archiv

CEO Werder verlässt Spital Linth

Das Spital Linth verliert seinen CEO nach knapp dreijähriger Amtszeit. Peter Werder, der seit Februar 2020 das Spital leitete, verlässt Uznach Richtung Obwalden. Dies teilte der Verwaltungsrat des Spitals am Donnerstag mit.

Während seiner Amtszeit habe die erste Phase des Turnarounds erfolgreich abgeschlossen werden, heisst es in der Mitteilung weiter. Auch die betrieblichen und finanziellen Ergebnisse entwickelten sich in dieser Zeit erfreulich. So hätten unter anderem auch die Patientenzahlen wieder gesteigert werden können.

Peter Werder verlässt das Spital Linth per 30. April 2023. Er wird eine neue Herausforderung als CEO des Kantonsspitals Obwalden annehmen, wie es weiter heisst.

Der Verwaltungsrat bedauert laut Mitteilung seinen Weggang und wünscht Peter Werder auf seinem weiteren beruflichen Weg alles Gute. «Unter seiner Leitung hat sich das Spital Linth modernisiert und weiterentwickelt. Wir danken Peter Werder für sein Engagement und sein erfolgreiches Wirken», wird Verwaltungsratspräsident Felix Sennhauser in der Pressemitteilung zitiert. Die Suche nach einem Nachfolger beziehungsweise einer Nachfolgerin werde demnächst in Angriff genommen. (Lz)

Die Eckpunkte des Stadtparlaments: Fünf Stadträte und 36 Parlamentarier sind fix

Lange Diskussionen, wenige Änderungen: Kommt dereinst ein Stadtparlament, dann bleibt es bei 36 Mitgliedern. Dazu gäbe es fünf vollamtliche Stadtratsmitglieder. Eine einzige Anpassung erfolgte in der Spezialdiskussion.

von Fabio Wyss

Als es um die Eckpfeiler des Stadtparlaments ging, hatten die ersten Stimmberechtigten die Grünfeldhalle schon wieder verlassen. Über eine Stunde lang hatte davor die Diskussion über das Eintreten gedauert. Auch bei der Spezialdiskussion über die 61 Artikel der Gemeindeordnung zeigte sich das Stimmvolk redselig. So schlug ein Bürger vor, dass trotz Parlament das Stadtforum beibehalten werden soll.

Dieser Ort zum Dialog soll durch Mitglieder verschiedener Gruppierungen der Stadt wie Quartiere oder Vereine besucht werden. Silas Trachsel, Vizepräsident der GLP Linth, wies darauf hin, dass schon jetzt das Stadtforum kein Bestandteil der Gemeindeordnung sei. Und: «Ich finde es sehr wichtig, dass Quartiere und andere Interessensgruppen im Parlament vertreten sind.» Darum sei ein Stadtforum nicht nötig. Dies sah eine Mehrheit gleich.

Ein Drittel statt ein Dutzend

Andere Bürger wollten Hürden für Referenden senken. «Ich habe schon diverse Unterschriften gesammelt. Ich weiss, wie schwierig das ist», sagte ein Bürger, der für eine längere Referendumsfrist als die 40 Tage plädierte. Er blieb chancenlos. Nach diversen ähnlichen Voten reagierte Thomas Dormann, der Präsident der Geschäftsprüfungskommission. Er zweifelte teils an der Rechtmässigkeit einiger Vorschläge. Und sagte darum an das Stimmvolk: «Sie dürfen heu-

te alle Parlament spielen. Aber Sie sind nicht alle sehr gut vorbereitet.»

Einem einzigen Änderungsantrag war Erfolg beschieden. Dabei ging es um die Anzahl Parlamentsmitglieder, die für ein Referendum nötig sind. Im Vorschlag des Stadtrats sind dafür zwölf der 36 Mitglieder vorgesehen. Eine Rednerin machte sich stark, dies zu ändern. Sie schlug ein Drittel des Parlaments als Hürde für ein Referendum vor. Dies, weil zum Zeitpunkt der Abstimmung unklar war, ob das Parlament tatsächlich 36 Personen umfasst.

Kantonsrat will 24 Parlamentarier

Die Diskussion der Grösse des Parlaments wurde schon im Vorfeld der Bürgerversammlung in Leserbriefen aufgegriffen. Auch Stadtpräsident Martin Stöckling verriet im Grünfeld, dass der Stadtrat bei seinem ersten Vorschlag weniger als 36 Mitglieder vorsah. Aufgrund von anderen vergleichbaren Städten mit Parlamenten und auf Wunsch der Ortsparteien kam man aber auf die Anzahl 36.

Aus der Bürgerschaft war es am Donnerstagabend dann SVP-Kantonsrat Bernhard Zahner, der die Anzahl Parlamentsmitglieder von 36 auf 24 senken wollte. Sein Argument: «Damit ist das Parlament effizienter.» Für seine Rede wurde bescheiden in die Hände geklatscht.

Nicht so bei seiner Nachfolgerin am Rednerpult: Susann Helbling, Co-Präsidentin der SP Rapperswil-Jona und Zahners Kantonsratskollegin. Sie zählte

«Sie dürfen heute alle Parlament spielen. Aber Sie sind nicht alle gut vorbereitet.»

Thomas Dormann
Präsident GPK Rapperswil-Jona

«Ich finde es sehr wichtig, dass Quartiere und andere Interessengruppen im Parlament vertreten sind.»

Silas Trachsel
Vizepräsident GLP Linth

«Mir liegt ein Antrag von Herrn Kehl vor. Herr Kehl, wo sind Sie?»

Martin Stöckling
Stadtpräsident Rapperswil-Jona

auf, wie viele Personen sich derzeit in politischen Gremien engagieren. Sie kam auf rund 150. «Glauben Sie mir, wir finden genügend Leute, die im Parlament mitwirken wollen», sagte sie und erntete kräftigen Applaus.

Die nach Voten von weiteren Parteienvertretern folgende Abstimmung fiel ähnlich deutlich aus. Als es darum ging, die Anzahl Parlamentsmitglieder zu senken, streckte bloss ein gutes Dutzend Leute auf. Damit bleibt es beim Vorschlag von 36 Parlamentariern und Parlamentarierinnen.

Der obsoletere Antrag

Die Bürgerversammlung dauerte schon drei Stunden, bis zur fortgeschrittenen Stunde die Grösse des Stadtrats zur Debatte stand. Ein Herr Kehl hatte einen Antrag eingereicht. Allerdings war besagter Herr nicht mehr zugegen. «Herr Kehl, wo sind Sie?», fragte «Stapi» Stöckling in die Dreifachturnhalle vergebens. Was Herr Kehl forderte, blieb unbekannt. Und die Grösse des Stadtrats unangetastet. Fazit: Sollte dereinst das Stadtparlament eingeführt werden, verändert sich die Zusammenstellung des Stadtrats. Anstatt drei vollamtliche und vier nebenamtliche wird es dann fünf vollamtliche Stadtratsmitglieder geben.

Die anwesenden Bürgerinnen und Bürger zeigten sich langsam erschöpft vom Diskutieren. Ein Bürger dankte dem Stadtrat für die Geduld aufgrund der vielen Voten. Stadtpräsident Stöckling entgegnete: «Das ist gelebte Demokratie.»



Will nicht: Barbara Gysi peilt weiterhin den Ständeratssitz an. Pressebild

Nachfolge Sommaruga: Gysi sagt ab

Barbara Gysi will nicht die Nachfolge von Bundesrätin Simonetta Sommaruga antreten (Ausgabe vom Mittwoch). Einen Tag nach Sommarugas Rücktrittsankündigung hat die St. Galler SP-Nationalrätin am Donnerstag auf dem Kurznachrichtendienst Twitter mitgeteilt, sie stehe für eine Bundesratskandidatur nicht zur Verfügung.

Gysi, die für die SP in den Ständerat einziehen will, begründet ihre Absage auf Twitter so: «Ich will St. Galler Ständerätin werden und die sozial-ökologische Stimme unseres Kantons vertreten». In der SP Schweiz habe es genug kompetente und erfahrene Frauen, die für das Bundesratsamt infrage kämen. (Lz)